

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe SPD und DIE LINKE)

Von der Integrationskonferenz über das Integrationsmonitoring, über den Integrationspreis – wir hätten so viel diskutieren können, wollten uns aber auf Antrag der LINKEN hier mit einer anderen Frage auseinandersetzen.

Eigentlich handelt es sich um zwei Fragen, verbunden in einer Debatte, die im Kern nicht zusammengehören. Das ist schwierig genug.

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

Zum einen geht es um die Frage, wie wir dem gesetzlichen Auftrag nachkommen, dass Ausreisepflichtige, die kein Aufenthaltsrecht mehr haben und die nach unserem Ausländerzentralregister ungefähr 15.500 in unserem Land ausmachen, in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Nach den Regeln, die wir uns vorgenommen haben, stehen die Abschiebung und die Abschiebungshaft übrigens ganz, ganz, ganz am Ende dieses Vorgangs der Rückführung. Vorher sind entsprechend viele andere Dinge, insbesondere die freiwillige Rückkehr, zu bemühen.

Bis jemand als ausreisepflichtig festgestellt wird, ist in der Regel ein Asylantrag durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sorgfältig geprüft worden, und dort werden dann weder Schutzgründe noch Abschiebungsverbote festgestellt. Nur wenn die Behörden nach sorgfältiger Prüfung zu diesem Ergebnis gekommen sind, erst dann wird überhaupt eine Abschiebung oder eine Rückführung in das Heimatland durchgeführt.

Ich bleibe hier dabei: Wir stehen in der Pflicht, das auch konsequent zu machen; denn unsere Bereitschaft, vielen Menschen dieses Planeten sozusagen in unserem Land einen Schutzraum zu bieten, wenn sie wirklich geflüchtet sind und wirklich des Schutzes unseres Landes bedürfen, bedingt, dass wir auf der anderen Seite diejenigen, die dieses Schutzes nicht bedürfen, dann auch wieder in ihre Heimatländer zurückführen. Das ist eine Debatte, die wir hier oft miteinander geführt haben.

Wir haben den gesetzlichen Rahmen hierzu geschaffen, und wir wenden ihn konsequent an, auch was die Frage der Abschiebungshaft angeht. Ich bin dankbar, dass hier überwiegend positiv aufgenommen worden ist, dass wir mit der Erweiterung der Platzkapazitäten nunmehr dafür sorgen können, unserem gesetzlichen Auftrag noch besser nachzukommen. Das ist das eine Thema.

Das zweite Thema ist die Frage der Einbürgerung. Hier kann ich Ihnen berichten, dass in Hessen nach wie vor eingebürgert wird. Soweit ich weiß, gibt es in den Regierungspräsidien Gießen und Kassel aktuell auch keine Rückstände.

(Saadet Sönmez (DIE LINKE): Und in Darmstadt?)

– Ja, Frau Sönmez, ich komme sofort dazu. – In Darmstadt haben wir in der Tat diese Rückstände, das ist wahr. Dazu muss man wissen, dass das Regierungspräsidium Darmstadt, auch was die Frage der Einbürgerung angeht, nach meiner Kenntnis arbeitstechnisch stärker „belastet“ ist als die anderen Behörden. Das Regierungspräsidium Darmstadt ist nach meiner Kenntnis die größte Einbürgerungsbehörde in Deutschland insgesamt.

Ja, wir haben immer politische Prioritäten zu setzen, Frau Kollegin Hofmann. Dafür nehme ich auch die Verantwortung an. Wir haben uns nicht gegen die Einbürgerung oder

gegen die Durchführung von Einbürgerungsentscheidungen innerhalb des Regierungspräsidiums Darmstadt entschieden. Aber wir haben uns dafür entschieden, jetzt sehr schnell Corona-bedingte Entschädigungszahlungen nach § 56 bis § 58 Infektionsschutzgesetz zu leisten. Da sind Eltern und Familien betroffen, die Corona-bedingt von Schul- und Kindergartenschließungen betroffen waren und deswegen ihrer Arbeit nicht nachgehen konnten, wir haben behördenbedingte Quarantäneauflagen, die Entschädigungszahlungen auslösen, und wir haben Entschädigungszahlungen aus dem Infektionsschutzgesetz für die Selbstständigen.

(Zuruf Saadet Sönmez (DIE LINKE))

Diese Priorität haben wir gesetzt und gesagt, wir müssen dort schnell handeln. Dafür müssen wir in der Behörde zusammenrücken, und dann wird anderes nicht ganz so schnell behandelt. Ich finde, dass diese Prioritätensetzung nicht kritikwürdig ist. Deswegen werden wir sie auch so beibehalten. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe DIE LINKE)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Staatsminister. – Damit ist auch diese Aktuelle Stunde abgehalten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 56** auf:

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Ja zur Gentechnik im Innovationsland Hessen – technologieoffene Forschung & Entwicklung fördern – aus den Erfahrungen mit COVID-19 lernen – Hessen muss sich als starker Pharmastandort für die Anpassung des BImSchG einsetzen
– Drucks. 20/4891 –

gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 101:**

Dringlicher Antrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hessische Impfstrategie weiter vorantreiben – bestehende Impfstoffproduktion ausweiten
– Drucks. 20/4998 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Als Erster hat sich Herr Dr. Naas für die FDP gemeldet.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor fast genau einem Jahr, am 27. Januar 2020, wurde der erste Corona-Fall in Deutschland festgestellt. Drei Tage zuvor, am 24. Januar, hatte der Biontech Gründer Ugur Sahin einen medizinischen Fachartikel über COVID-19 gelesen. Und drei Tage später präsentierte er seinem Aufsichtsrat einen Stufenplan zur Impfstoffentwicklung gegen genau diese heimtückische Krankheit. – Keine staatliche Behörde, nicht einmal die Presseabteilung von Tarek Al-Wazir, hätte das in dieser Geschwindigkeit geschafft.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, schon drei Monate später ist der Impfstoff fertig entwickelt, zur Testung bereit, klinische

Studien beginnen – ja, Frau Kollegin Wissler von den LINKEN, auch mit staatlichen Fördergeldern.

(Zuruf Christiane Böhm (DIE LINKE))

Viele haben für die Erforschung eines wirksamen Impfstoffes Jahre prognostiziert. Am Ende wird der Impfstoff Comirnaty nach nur zehn Monaten Entwicklung und Erprobung am 21. Dezember in der EU zugelassen – Rekord.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Ende waren es die Kreativität, das Können und die private Risikobereitschaft unserer Forscher und Unternehmen, die uns eine Perspektive für das ganze Land geben. Es war eben nicht die staatliche Bürokratie, die Frau Wissler und Co. vor Augen haben. Es ist die Marktwirtschaft – und nur die Marktwirtschaft –, die solche Spitzenleistungen in so kurzer Zeit vollbringt. Noch einmal: die Entwicklung drei Monate, die Erprobung mit staatlichem Geld dann sieben Monate.

Ugur Sahin hat den Sommer genutzt, was man von der Bundes- und der Landesregierung nicht sagen kann, wenn ich mir unsere Schulen, Altersheime und auch die digitale Ausstattung der Behörden ansehe. Was ein Erfolg, ein Impfstoff, der der ganzen Welt Hoffnung gibt.

(Beifall Freie Demokraten – Christiane Böhm (DIE LINKE): Und was haben Sie gemacht?)

Meine Damen und Herren, um es deutlich zu sagen: Diese Innovation, die Kraft des Wettbewerbs, Technologie und Spitzenforschung bleiben die Garanten unseres Wohlstands.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es jetzt einen hessischen Anteil an der Überwindung der Coronapandemie gibt, ist den Unternehmern von Biontech zu verdanken, die ein ehemaliges Novartis-Werk in Marburg übernommen haben und dort Impfstoff millionenfach produzieren wollen: 250 Millionen Impfdosen in einem halben Jahr. Das nennt man Tempo.

Und noch einmal: Auch wenn das alle loben – die Kanzlerin, der Ministerpräsident –, waren es am Ende doch freie Unternehmen und freie Unternehmer wie Ugur Sahin, die mutig und schnell entschieden haben.

(Beifall Freie Demokraten – Christiane Böhm (DIE LINKE): Der hat auch noch eine Frau!)

Meine Damen und Herren, Angebot und Nachfrage funktionieren. Aber wer zu spät ist, wer zu lange zögert, darf dem Markt keinen Vorwurf machen, wenn andere schneller sind.

Wir Freie Demokraten haben frühzeitig darauf hingewiesen – Kollege Rock hat es vorgestern ausgeführt –, dass die Impfstoffe am Ende in großer Menge hergestellt werden müssen und dass es dann schnell gehen muss mit den Genehmigungen. Denn wir alle wissen, dass der Neubau und der Umbau einer pharmazeutischen Produktionsstätte ein komplizierter Genehmigungsprozess nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und nach dem Arzneimittelgesetz sind – natürlich mit gesetzlichen Anhörungsfristen.

Meine Damen und Herren, wenn das in Marburg innerhalb von sechs Wochen schnell geklappt hat, weil man natürlich auch sehr spät den Antrag gestellt hat, weil man das vorher auch schon begleitet hat, weil die Kanzlerin und der Ministerpräsident sich eingeschaltet haben, weil man rund um

die Uhr gearbeitet hat, dann mag das gut sein. Aber das ändert nichts daran, dass wir bei zukünftigen Impfstoffen natürlich schneller sein müssen.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir können nämlich nicht jedes Mal Himmel und Hölle in Bewegung setzen,

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Die haben keine Angestellten mehr!)

sondern wir müssen die Bürokratie reduzieren. Die GRÜNEN haben demgegenüber eine Notimpfstoffwirtschaft mit Abnahmegarantie gefordert. Wir Freie Demokraten fordern den Abbau von Bürokratie und die Verkürzung von Genehmigungsverfahren – und, meine sehr verehrten Damen und Herren, mehr Mut zur Gentechnik in Hessen.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Christiane Böhm (DIE LINKE))

Das typische Genehmigungsverfahren nach § 10 Abs. 6a Bundes-Immissionsschutzgesetz dauert mindestens sieben Monate. Bei einfachen Verfahren, wie in Marburg, sind es in der Regel, wenn nicht Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt werden, drei Monate. Das sagt uns zumindest die hessische Industrie. Das dauert uns zu lange; denn in demselben Zeitraum entwickeln Unternehmer Impfstoffe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn schon die normalen Verfahren zu lange dauern: Wie ist es dann in einem Lockdown, wo unserer Volkswirtschaft jeden Tag Milliarden verloren gehen? Da können wir uns diese Verfahren nicht leisten. Selbst wenn es in Marburg parallel zur Umrüstung der Fertigungsanlage auf den neuen Impfstoff geklappt hat, fordert der Verband der Chemischen Industrie in Hessen zu Recht, dass mögliche weitere Impfstoffe mit einer Beschleunigung vorangebracht werden. Das greifen wir in unseren Antrag auf.

Wir wollen die Möglichkeit einer vorläufigen Zulassung, und zwar nicht die vorläufige Zulassung des Produktionsaufbaus, Frau Ministerin, sondern schon die vorläufige Zulassung des Produktionsbeginns, damit nicht nur die Anlage errichtet werden kann, sondern auch schon produziert werden kann. Die Kontrollen können dann im Nachgang erfolgen. Dafür sollten wir uns als Hessen im Bundesrat einsetzen.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, warum ist die Landesregierung da so zögerlich? Wir glauben, das hat etwas mit ihrer Einstellung zu neuen, innovativen Verfahren zu tun und auch mit ihrer Einstellung zur Gentechnik.

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich verrate Ihnen einmal etwas: Der Biontech-Impfstoff ist gentechnisch verändert. Die Rettung vor der aktuellen Geißel der Menschheit haben wir der Gentechnik in Deutschland zu verdanken.

(Beifall Freie Demokraten)

Das ist genau die Gentechnik, die auch Humaninsulin zustande gebracht hat, gegen dessen Herstellung in Höchst Ihr Vorgänger, Frau Hinz – Umweltminister Joschka Fischer –, damals in den Achtzigerjahren zu Felde zog. Schon damals war die Gentechnik für die GRÜNEN das Böse – eine katastrophale Fehleinschätzung.

Es wurde so lange gegen die Anlage in Höchst gekämpft, bis die Patienten ihr Insulin aus dem Ausland bezogen. Damals sind alle möglichen Horrorszenarien aufgebaut worden: Mikroorganismen könnten aus den Laboren entweichen. – Das war alles Quatsch. Jetzt kommt die Rettung genau daher.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie aber machen weiterhin mit der Angst vor der Gentechnik Politik. Die erste grüne Amtshandlung in der Koalition 2014 war: Mitglied werden im Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen“. Frau Hinz, ich glaube, Sie haben sogar den Vorsitz. Zu dem Thema „Gentechnikfreiheit auf allen landeseigenen Flächen durchsetzen“ kann ich nur sagen: Gut, dass das Werk in Marburg nicht dem Land gehört; denn dann wäre es eine gentechnikfreie Fläche.

Frau Ministerin Hinz, Sie lassen sogar im großen Stil Balkonpflanzen im Landeslabor untersuchen. Dazu gab es ja auch im letzten Jahr eine Jubelmeldung: „Hessens Balkone sind gentechnikfrei“;

(Lachen Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

denn – Zitat – „ein Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen, ... die mithilfe neuer gentechnischer Verfahren wie CRISPR/Cas erzeugt wurden“, soll in Hessen gerade nicht stattfinden.

(Heiterkeit Freie Demokraten)

Liebe Frau Ministerin, mich wundert das etwas. Mich hat vor allem aber gewundert, warum das nicht auch noch in der grünen Vorgartenbroschüre von Tarek Al-Wazir „Grünes Glück vor der Tür“ aufgeführt wurde. Das war in der Tat bemerkenswert.

(Beifall Freie Demokraten und Andreas Lichert (AfD))

Meine Damen und Herren, für CRISPR/Cas, die Gensche, die uns allen neue Chancen eröffnet – genau für diese Entwicklung, für diese Entdeckung –, haben zwei Forscherinnen aus den USA und aus Frankreich 2020, nämlich im letzten Jahr, den Chemie-Nobelpreis erhalten.

Meine Damen und Herren, es sind identische Verfahren: die Gentechnik in den Balkonpflanzen, die Sie bekämpfen, und die Gentechnik in dem Impfstoff, der gegen Corona entwickelt wurde. Deswegen können wir nur sagen: Man kann grüne und rote Gentechnik nicht trennen. Wir brauchen beides. Wir brauchen vor allem mehr Technologieoffenheit und mehr Innovationsoptimismus in Hessen. Wir setzen auf eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Hören Sie auf mit der Angstmacherei. Sagen Sie Ja zur Gentechnik im Innovationsland Hessen. Fördern wir eine Modernisierung des EU-Gentechnikrechts mit abgestufter Risikoklassifizierung. Der Pharma- und der Forschungsstandort Hessen haben das mehr als verdient. – Herzlichen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke Herr Naas. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Bamberger gemeldet.

Dirk Bamberger (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich festhalten: Wir Hessen können stolz sein auf unsere hessische Gesundheitswirtschaft. Hessen ist ein Pharma- und Life-Science-Standort von internationaler Bedeutung. Das sehen wir gerade jetzt wieder.

Mit 10,5 Milliarden € Bruttowertschöpfung und fast 100.000 Beschäftigten ist die Gesundheitsindustrie ein in vielerlei Hinsicht wichtiger Sektor für unser Land. Vor diesem Hintergrund ist es absolut richtig, dass unser Ministerpräsident Volker Bouffier alle Akteure der hessischen Gesundheitswirtschaft in der Initiative Gesundheitsindustrie in ein gemeinsames Netzwerk gebracht hat. Ihm und den regierungstragenden Fraktionen ist es ein großes Anliegen, dass das Land Hessen diesen Sektor koordiniert und gezielt in seiner Entwicklung fördert und dass wir uns genau über diese Themen, die Sie gerade angesprochen haben, Herr Kollege Dr. Naas, eng austauschen. Die Resonanz aus diesem Bereich ist eine etwas andere als das, was Sie jetzt hier gerade dargestellt haben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein wichtiger Teil dieses Sektors ist die Pharmaindustrie. Sie hat in Hessen eine lange Tradition. Aus ihr ist sozusagen ein pharmazeutisches Ökosystem entstanden. Das bietet eine optimale Grundlage für die Impfstoffentwicklung und die Genehmigung der Impfstoffproduktion. Das war auch der Garant dafür, dass wir hier in Hessen in Rekordzeit gehandelt haben. – Herr Dr. Naas, das reicht Ihnen nicht, das muss noch schneller gehen als in Rekordzeit. Machen Sie das doch erst einmal vor. Denn ich bin der Meinung: Wir in Hessen, wir können Pharma. Wir in Hessen, wir verstehen Pharma, und ja, wir in Hessen, wir bieten die optimalen Rahmenbedingungen für Pharma.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der erste Impfstoff wurde kurz vor Weihnachten letzten Jahres zugelassen. Seit dem 27. Dezember wird er verimpft. Damit dauerte es noch nicht einmal ein Jahr von der Entdeckung des Virus, bis der erste Impfstoff zur Verfügung gestellt werden konnte. Das ging noch nie so schnell in der Geschichte der Impfstoffentwicklung und der -produktion, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist zweifelsohne natürlich die Leistung der Wissenschaft und der Industrie, und auf beides sind wir sehr stolz.

Die Marburger Philipps-Universität und die weiteren hessischen Hochschulen haben entscheidende wissenschaftliche Grundlagen geliefert. Das Marburger BSL-4-Labor lief und läuft auf Hochtouren. Die F+E-Bereiche sämtlicher Impfstoffproduzenten haben, wie einst der erste Medizin-nobelpreisträger Emil von Behring, Tag und Nacht hart daran gearbeitet, einen Impfstoff zu entwickeln, der uns aus dieser schrecklichen Pandemie befreit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da ist es heute endlich einmal an der Zeit, all diesen Leuten, die daran beteiligt waren und sind, von Herzen Danke zu sagen: Danke allen Mitarbeitenden in den Hochschulen, Danke allen mit dieser Aufgabe betrauten Beschäftigten in unseren Universitätskliniken, Danke allen in den Pharmaunternehmen und allen weiteren Einrichtungen Beschäftigten, die an der Erforschung des Virus und der Entwicklung der Impfstoffe beteiligt waren und beteiligt sind. Dieser Dank sollte heute

einmal aus diesem Haus herausgehen an diese Beschäftigten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus einer Reihe von Gesprächen weiß ich, dass sie alle mit hoher Motivation bis an den Rand ihrer Kräfte regelrecht um jeden Augenblick gekämpft haben, den der Impfstoff früher zur Verfügung steht. Dafür gebühren all diesen Menschen unser größter Dank und unsere größte Anerkennung, und das gilt auch für die beteiligten Behörden. Wenigstens auf diese gemeinsame Position sollten wir uns doch verständigen können.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfractionen, es ist vollkommen richtig und vor allem legitim, dass wir gemeinsam darüber sprechen, wie wir den Erfolg der Maßnahmen des Landes Hessen bei der Umsetzung der Impfstrategie jeweils bewerten. Natürlich treffen hier diametral unterschiedliche Wahrnehmungen und Bewertungen zusammen. Aber bei all dieser Diskussion muss es doch unser Ziel sein, am Ende solcher Auseinandersetzungen zu Ergebnissen zu kommen, die uns in der Sache weiterbringen. Diesem gemeinsamen Bestreben kommen wir mit parteipolitisch geprägter Empörungsfolklore sicherlich nicht näher. Das war gestern nicht gerade eine Glanzstunde der Sozialdemokratie. Das hat dem Vertrauen der Bürger in uns alle massiv geschadet.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was unser Land jetzt braucht, sind Politiker, die es mit klarem und kühlem Verstand, mit Empathie und mit Mut durch die Krise führen. Das erwarten sie von der Regierung ebenso wie von der Opposition. Sie erwarten es von uns allen. Deswegen bin ich froh, dass wir mit Volker Bouffier einen Ministerpräsidenten haben, der genau diesem Format entspricht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christiane Böhm (DIE LINKE): Der Kotau!)

Es ist vielleicht wichtig, noch auf ein, zwei Fakten einzugehen. Stand 11:50 Uhr heute wurden seit gestern Morgen 120.000 Termine vergeben. Aktuell gibt es keinerlei Störung, den ganzen Morgen über nicht, und keinen Andrang mehr auf den Kanälen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

– Herr Dr. Naas, die CDU hat auch einen Antrag eingebracht. Da gehen wir auf das Impfen ein. Deswegen sage ich jetzt etwas zum Impfen. Das ist ja mein gutes Recht.

(Zuruf: Sie sagen sowieso das, was Sie sagen wollen!)

Die Landkreise erreichte am 23. November der Einsatzbefehl mit der Anforderung, die Impfzentren bis zum 11. Dezember einsatzbereit aufzubauen. Pünktlich zu diesem Zeitpunkt ist es den haupt- und ehrenamtlichen Strukturen im Katastrophenschutz, des Gesundheitswesens und der externen Dienstleister unter anderem aus dem Messebau und unserem regionalen Handwerk gelungen, die Impfzentren aufzubauen und einzurichten.

In diesem Zusammenhang ist auch hier ein Dank auszusprechen. Das war eine beeindruckende Leistung der Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr und des THW, der Rettungsorganisationen, der Beschäftigten der lokalen

Behörden und der externen Dienstleister. Ihnen allen gebührt unser großer Dank für diese großartige Leistung.

Nun aber zurück zum Impfstoff: Ja, der Weg, bis ein Impfstoff oder ein Medikament zugelassen wird, ist lang und umfasst viele Hürden. Auch die Genehmigung von Produktionsanlagen geschieht nicht gerade im Vorbeigehen. Das Arzneimittelgesetz und das Bundes-Immissionsschutzgesetz formulieren enge Leitplanken in diesen Prozessen. Das ist nicht ohne Grund so. Das müssen wir uns bei dieser Diskussion deutlich vor Augen führen.

Sie erinnern sich möglicherweise an frühere Arzneimittel-skandale und an Störfälle bei Forschungs- und Produktionseinrichtungen. Ich denke hierbei insbesondere an den Ausbruch des sogenannten Marburg-Virus im Jahre 1967, der mehrere Todesopfer forderte. Den Schutz von Patientinnen und Patienten, den Schutz von Beschäftigten und den Schutz von Anwohnern können und dürfen wir zu keinem Zeitpunkt zur Disposition stellen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses berechtigte Schutzinteresse steht und stand der Entwicklung des Corona-Impfstoffs nicht im Wege. Das ist ganz deutlich festzuhalten.

Innerhalb von nur sechs Wochen wurde die Anlage von Biontech in Marburg genehmigt. Am 7. Dezember wurde der Antrag beim Regierungspräsidium Gießen eingereicht. Bereits am 18. Dezember wurde die Genehmigung zum Betrieb der Anlage erteilt. Dass Biontech die Novartis-Produktionsanlagen in Rekordzeit für die Zwecke der Comirnaty-Produktion umnutzen kann, ist das Verdienst eines starken Pharmaunternehmens, der beteiligten Behörden und nicht zuletzt zahlreicher Dienstleister, Zulieferer und Handwerksbetriebe. Hier haben alle an einem Strang gezogen, und das ist auch gut so.

Hessens Hochschulen stehen übrigens an der Spitze der Erforschung der Impfstoffe und sind maßgeblich an deren Entwicklung beteiligt gewesen. Das ist möglich, weil das Land Hessen die Bedingungen für Forschung und Lehre seit 20 Jahren kontinuierlich verbessert und über die verschiedensten Programme in Rekordhöhe in die Hochschulen investiert.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Mit dem Schwerpunkt Pharmarecht im Fachbereich Rechtswissenschaft in Marburg, mit dem House of Pharma in Frankfurt, mit Healthcare Mittelhessen sowie mit der Initiative Gesundheitsindustrie Hessen haben wir überdies noch für das richtige Umfeld gesorgt.

Kluges Regierungshandeln der CDU-geführten Landesregierung ist also die Grundlage für den heutigen Erfolg.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

– Herr Dr. Naas, ich habe Ihnen vorhin in aller Ruhe zugehört, ich musste das auch ertragen. Auch das muss einmal festgehalten werden.

Es sollte eigentlich klar sein, dass die Diskussion um die Gentechnik im Humansektor differenziert über den Einsatzzweck und die Wirkweise zu führen ist. Eine Vermischung dieser Themen ist absolut nicht zielführend, Herr Dr. Naas.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe FDP, Sie vermischen nicht nur die Betrachtungsweisen, sondern packen in Ihre Ausführungen auch noch die Diskussion um die Zulässigkeit gentechnisch veränderter landwirtschaftlicher Produkte. Diese Vermischung verwirrt, ist sachlich völlig falsch und in Summe in der aktuellen Frage überhaupt nicht zielführend.

Eines dürfen wir dabei nie vergessen: Wir sprechen von molekularbiologischen Techniken zur zielgerichteten Veränderung von DNA einschließlich des Erbguts von Pflanzen, Tieren und Menschen. Da ist es schon richtig und wichtig, dass wir sehr genau hinschauen und solche Verfahren immer kritisch begleiten. Aber dieses Vorgehen stand und steht der Entwicklung des Corona-Impfstoffs in Rekordzeit nicht 1 Millisekunde im Weg. Und doch dürfen die Verbraucherinnen und Verbraucher auf die Zuverlässigkeit dieses Impfstoffs vertrauen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Bamberger.

Dirk Bamberger (CDU):

Ja. – Ich möchte mit einem Appell schließen, der mir wichtig ist: So, wie ich es mitbekommen habe, sucht Biontech noch dringend Fachpersonal am Produktionsstandort Marburg, um die Produktionsanlagen in Volllast betreiben zu können. Daher der herzliche Appell an alle Hessinnen und Hessen: Wenn Sie zu diesem Fachpersonal gehören, kommen Sie bitte nach Marburg, und unterstützen Sie uns in Marburg bei der Produktion des Impfstoffs. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke sehr, Herr Bamberger. – Für die Fraktion der LINKEN hat sich Herr Felstehausen gemeldet.

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit diesem Setzpunkt versucht die FDP doch offensichtlich, im Schatten der Corona-Krise die Themen, die wir schon seit Jahren als falsch erkannt haben, wieder aus der Mottenkiste zu ziehen.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Das geht uns bei euch auch so!)

Wir haben uns gestern über Lobbyismus unterhalten. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, wie wichtig es ist, dass man das begrenzt, dann ist es die Rede von Herrn Dr. Naas eben gewesen, die fast 1 : 1 offensichtlich vom VCI geschrieben worden ist, die er hier als bezahlter Redner vorgetragen hat.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD – Zurufe Freie Demokraten)

– Ja, regen Sie sich auf.

(Jürgen Lenders (Freie Demokraten): Nein, das geht nicht! – Weitere Zurufe)

– Doch.

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Augenblick mal eben. – Ich erteile Herrn Lenders das Wort.

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Herr Präsident, im Grunde hat der Kollege Torsten Felstehausen nichts anderes gesagt, als dass Herr Dr. Naas von der Pharmaindustrie bezahlt wird. Das ist ein Korruptionsvorwurf. Ich bitte ihn, das sofort zurückzunehmen und sich dafür zu entschuldigen. Ansonsten berufen wir den Ältestenrat ein.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Herr Felstehausen, ich bitte hier um Klarstellung. Ansonsten muss ich dem nachgehen.

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Das werde ich gerne tun. – Meine Damen und Herren, es war nicht meine Absicht, Herrn Dr. Naas zu unterstellen, dass er für diese Rede Geld genommen, bekommen oder angeboten bekommen hat,

(Zuruf CDU: Noch schlimmer!)

sondern ich habe das im Zusammenhang mit dem Thema Lobbyismus,

(Zuruf Freie Demokraten: Was ist das denn?)

und wie Themen und Positionen hier hineinkommen, gemacht. Wenn dieser Eindruck entstanden ist, sehr geehrter Herr Dr. Naas, möchte ich mich dafür entschuldigen. Es war nicht meine Absicht, Sie an dieser Stelle persönlich anzugehen. Ich hoffe, Sie können diese Entschuldigung annehmen.

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Augenblick, Herr Felstehausen. Wir werden uns den Protokollauszug anschauen und prüfen, in welchem Zusammenhang das war. Dann werden wir weitersehen. – Ich sehe Einverständnis, auch bei der FDP-Fraktion. Dann haben Sie jetzt wieder das Wort.

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Dann greife ich das noch einmal auf. Dann müssen wir aber auch die Uhr zurückstellen.

Meine Damen und Herren, in dem Antrag, den Sie hier abgeliefert haben, stimmen weder die Analysen noch die Fakten und schon gar nicht die daraus abgeleiteten Schlüsse. Denn das Versagen der Industrie, die vereinbarten Mengen des dringend benötigten Impfstoffs zu liefern, hat weder etwas mit der Bundes-Immissionsschutzverordnung zu tun noch mit den Beschränkungen, die zur Freisetzung gentechnisch veränderter bioaktiver Substanzen bestehen.

Deshalb ganz kurz zu den Fakten: Biontech hat 375 Millionen € für die Entwicklung des Corona-Impfstoffs aus Steu-

ermitteln bekommen. Seit Anfang September ist bekannt, dass das Tübinger Biotechnologieunternehmen CureVac 252 Millionen € bekommen hat. Insgesamt sind über 1 Milliarde € öffentlicher Mittel in die Entwicklung des Impfstoffs geflossen, und das ist gut so.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gott sei Dank!)

– Genau. Das ist gut so. Ich will das ausführen. An Geld hat es an dieser Stelle nicht gemangelt. Es galt die Devise „Whatever it takes“. Diese Devise war angesichts der weltweiten Bedrohungslage auch gerechtfertigt.

Wir können also feststellen: Die Grundlagenforschung und die Entwicklung eines völlig neuen Vakzins bis zur Marktreife sind das Verdienst eines spezialisierten Forscherteams – Herr Dr. Naas, in diesem Forscherteam waren übrigens auch Frauen –, aber bezahlt haben wir es alle gemeinsam. Sie suggerieren mit Ihrem Antrag, das Bundes-Immissionsschutzgesetz würde die Produktion des dringend benötigten Impfstoffs verzögern. Das ist schlichtweg falsch.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Sie haben mir nicht zugehört!)

Ich möchte Ihren Behauptungen ein paar Fakten gegenüberstellen: Im September 2020 hat Biontech das Novartis-Werk übernommen und den Umbau geplant mit dem Ziel, dort insgesamt 750 Millionen Dosen pro Jahr herstellen zu können. Anfang November begann die Umbauplanung in der Firma. Anfang Dezember 2020 hat die Biontech Manufacturing Marburg GmbH beim Regierungspräsidium Gießen beantragt, die erforderlichen Genehmigungen zu erteilen, sowohl für die Produktion als auch für den Umbau. Sechs Wochen später, am 18. Dezember, hat das Regierungspräsidium Gießen die Genehmigung zum Umbau nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz erteilt, und am 15. Januar wurde die Betriebsgenehmigung erteilt.

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich bin tatsächlich frei von dem Verdacht, ich würde diese Regierung loben. Aber ganz ehrlich: Jeder Schrebergartenbesitzer und jede Schrebergartenbesitzerin würde sich doch ein Loch in die Schrebergartenhütte freuen, wenn ein Bauantrag in einer solchen Geschwindigkeit behandelt würde. Das muss man doch einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall DIE LINKE und Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was wollen Sie also mit Ihrem Antrag? – Sie wollen im Windschatten der Begeisterung über die Leistung der Impfstoffherstellung mittels gentechnischer Methoden das EU-Gentechnikrecht ändern. Sie wollen die Schwelle zur Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen herabsetzen, Sie wollen die Sicherheitsanforderungen für die neuen molekularen Techniken des Genome Editing herabsetzen, und Sie wollen, dass Hessen aus dem Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen“ austritt.

(Demonstrativer Beifall Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Sie nutzen – das mache ich Ihnen tatsächlich zum Vorwurf, Herr Dr. Naas – die Ängste der Bevölkerung vor dem Corona-Virus

(Widerspruch Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

und vor einer Knappheit des Impfstoffs für eine Agenda, die fast wortwörtlich – das muss ich hier noch einmal sa-

gen – übernommen worden ist. Damit befeuern Sie Ängste, die in der Bevölkerung bestehen, von Corona-Leugnern, die auf der Straße sind, vor Gentechnik.

Meine Damen und Herren, all das, was Sie hier heute erzählt haben, beschleunigt in keiner Weise die Impfstoffproduktion. Es ist Populismus, die Ablehnung der Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen auf dem Acker mit der lahrenden Impfstoffproduktion zu vermischen.

(Beifall DIE LINKE)

Die FDP suggeriert, dass in gentechnikfreien Regionen durch Arztpraxen, Forschungsstätten und Produktionsanlagen keine gentechnischen Methoden angewendet würden und alles zum Stillstand käme. Das ist ausgemachter Blödsinn.

Wir müssen doch die Diskussion vom Kopf auf die Füße stellen. Nicht die Zulassungsverfahren für die Produktionsstätte verzögern die weltweite Impfstoffherstellung, sondern das Patentrecht. Warum fordert die FDP nicht gemeinsam mit uns die Aufhebung der Patente für Impfstoffe?

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Weil dann keiner mehr forscht!)

Die Patente für Impfstoffe müssen unserer Meinung nach für die Produktion weltweit freigegeben werden. Das Chaos in den Impfbetrieben entsteht doch nicht, weil der Impfstoff als Handelsgut knappgehalten wird und die Menschen deshalb Angst haben, nichts mehr abzubekommen. Das müsste nicht so sein, wenn die Bundesregierung die Hersteller zur Lizenzvergabe und zum Technologietransfer zwingen würde,

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Zwingen?)

statt sich in der aktuellen Krise schützend vor die Gewinnausrichtung und die exklusiven Profitansprüche der Aktionäre zu stellen.

Wir zahlen doch alle vierfach für diesen Skandal: erstens – dazu stehe ich – durch die Nutzung öffentlicher Gelder für Forschung und Entwicklung der Produktion, zweitens durch die Impfstoffpreise, die unbekannte Gewinnmargen für die Hersteller vorsehen, drittens durch vermeidbare Todesfälle und vermeidbare schwere Krankheitsverläufe infolge der fehlenden Immunisierung und nicht zuletzt in einem gigantischen Ausmaß infolge des Lockdowns durch die damit verbundenen ökonomischen und sozialen Folgen. Das ist ein Staatsversagen bei den Impfungen, das durch die Anordnung von Produktionserweiterungen und die Aussetzung des Patentschutzes beendet werden muss.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist verantwortungslos, wenn die vorhandenen Impfkapazitäten auch in Hessen nicht genutzt werden können, weil die Pharmaindustrie ihre Lieferzusagen nicht einhält und regelmäßig bricht. So werden alle Pläne zur Impfung der Risikogruppen zur Makulatur. Das hat etwas damit zu tun, dass man denkt, man könnte den Impfstoff an anderer Stelle noch gewinnbringender anbieten.

Die Gesetze von Angebot und Nachfrage führen uns immer weiter von einer gemeinwohlorientierten Lösung weg. Daher muss der Staat jetzt seiner Verantwortung gerecht werden und regelnd in genau diesen Markt eingreifen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben es nämlich mit einer weltweiten medizinischen Notsituation zu tun, bei der die Eigentumsrechte und die Profitabsichten von Unternehmen nicht mehr die zentrale Rolle spielen dürfen. Wir müssen dafür sorgen, dass dieses Medikament, dieser Impfstoff weltweit in ausreichender Menge zur Verfügung steht. Da müssen die Interessen der Aktionäre im Zweifelsfall zurückstehen.

Wie das gehen kann, beschreibt die WTO in ihren Regeln. Sie sagt nämlich, dass Patente genau in solchen Ausnahmefällen freigegeben und tatsächlich von allen genutzt werden können. Diese Regelung wird bisher von Industrieländern nach wie vor blockiert. Das Ganze führt dazu, dass nicht genügend Impfstoff hergestellt werden kann, weil das nicht auf eine ausreichende Anzahl von Firmen verteilt werden kann.

Meine Damen und Herren, völlig klar ist, dass der Schutz vor weiteren Mutationen des Corona-Virus nur gelingen kann, wenn wir tatsächlich alle Länder – weltweit – in die Verteilung des Impfstoffs einbeziehen. Wenn ich von „weltweit“ spreche, meine ich nicht nur Deutschland, nicht nur Europa, sondern auch den globalen Süden, in dem diese Medikamente kostengünstig zur Verfügung stehen können. Denn wenn uns das nicht gelingt, werden uns in den nächsten Monaten wieder und wieder neue Mutationen beschäftigen – so lange, bis auch hier der Impfstoff nicht mehr wirksam ist.

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Herr Kollege, wir haben Ihnen schon eine Minute Redezeit mehr gegeben.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Eine Minute!)

– Nein, die haben Sie schon zusätzlich bekommen, jetzt letzter Satz.

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Ich mache jetzt den letzten Satz, vielen Dank für diesen Hinweis. – Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, hören Sie auf mit dem Versuch, mit der Corona-Krise die Ängste der Bevölkerung für Ihre industriepolitische Agenda der marktradikalen Wirtschaft durchzusetzen. Die Krise werden wir nur solidarisch bestehen. Marktgoismen und Gier nach Profit müssen an dieser Stelle zurückstehen. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE – Zurufe Freie Demokraten)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank. – Wir haben Ihnen jetzt insgesamt 1:27 Minuten geschenkt.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): 2:30 hatten wir diskutiert!)

– Das lag vielleicht auch ein bisschen an Ihrer Wortwahl, Herr Kollege.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Ein bisschen auch!)

– Das dachte ich mir. Aber das besprechen wir im Ältestenrat und nicht hier.

Als Nächster hat der Kollege Grumbach das Wort.

Gernot Grumbach (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich mit dem Antrag der regierungstragenden Fraktionen, ehrlich gesagt, nicht wirklich beschäftigen. Ich teile mit dem Kollegen Bamberger den Dank, den er vielfältig ausgesprochen hat. Das tun wir alle; da muss sich niemand ausnehmen. Das ist völlig in Ordnung.

(Beifall SPD)

Ich teile nicht den wiederholten Versuch, die Vermischung zwischen der Kritik an Unternehmen und staatlichem Handeln zu machen. Es hat – das hat die Fraktionsvorsitzende der SPD in den letzten Tagen oft genug gesagt – die Debatte gegeben, dass der Staat ein paar Hausaufgaben nicht ordentlich gemacht habe. Wir haben über die Unternehmen bzw. ihre Beschäftigten kein Wort verloren; denn das ist nicht der Punkt, um den es geht. Vielmehr muss man bestimmte Sachen nicht nur wollen, sondern man muss sie auch können. Diesen Satz kennen Sie alle.

(Beifall SPD)

Beim Rest des CDU-Antrags handelt es sich eher um eine Selbstanwendung von Boswellia, einer Pflanze, deren Harz in der Regel im Kirchenbetrieb verwendet wird. Sie ist auch als Weihrauch bekannt. Mehr ist in dem Antrag nicht drin.

(Heiterkeit SPD)

Deshalb würde ich mich gern etwas mehr mit dem FDP-Antrag auseinandersetzen, weil da die Kontroverse vielleicht etwas fruchtbarer ist.

(Beifall SPD)

Allerdings muss ich sagen – das kennt Herr Naas schon –: Ich bin immer verwundert, wie rationale Menschen eine solche Glaubensgewissheit entwickeln können. Ich schaffe es nicht; nach 50 Jahren der Politik gelingt mir das nicht. Ich habe an jedem Satz, den ich sage, Zweifel. Ich glaube, dass das auch klug so ist, weil es vielleicht das eigene Denken ein bisschen befruchtet.

Dass Sie eine Krise zu nutzen versuchen – das haben meine Vorredner auch schon gesagt –, um etwas durchzusetzen, was die FDP seit 40 Jahren fordert, ist zwar nicht verwerflich, aber auch nicht sonderlich zielführend. Denn ich denke, dass Sie einige Dinge in Ruhe auf dem heutigen Stand diskutieren können.

Da würde ich gern ein paar Ihrer Thesen widersprechen. Die Gentechnikdebatte ist immer noch kontrovers. Sie hat einen spannenden Ablauf. Ich beobachte die Debatte – und gestalte sie ein bisschen mit – seit 40 Jahren. In diesen 40 Jahren hat es eine ganz spannende Entwicklung gegeben. Es ist ganz wichtig, sie sich anzuschauen. In den Achtzigerjahren hat es in der Tat eine ziemlich harte Debatte gegeben, die von sehr grundsätzlichen Positionen geprägt war – gegen alles. In den nächsten 25 bis 30 Jahren hat es sozusagen eine Veränderung der Debatte gegeben. Bestimmte Bereiche sind akzeptiert worden. Bestimmte Bereiche sind nicht so kritisch gesehen worden.

Die Debatte hat allerdings seit 2013/2014 wieder zugenommen, und zwar in der internationalen Kritik. Wenn Sie die Studien anschauen, werden Sie feststellen, dass der Diskurs wieder schärfer wird. Das hat damit zu tun, dass die Technik besser geworden ist. Das, was Sie so begeistert, beschreiben Sie als Chance, nämlich die CRISPR-

Genschere. Sie ermöglicht, gezielte Eingriffe in komplexe Zusammenhänge zu machen, ohne dass Sie wissen, ob die gezielten Eingriffe den komplexen Zusammenhängen gerecht werden können. Das ist ein Punkt, der eine ganze Reihe von Menschen in beiden Richtungen dazu gebracht hat, neu nachzudenken.

(Jürgen Lenders (Freie Demokraten): Aha!)

Die eine Seite – das macht den Punkt nach der Frage „gentechnikfrei?“ so spannend – fängt plötzlich an, darüber zu reden, dass sie Gentechnik mobil machen will. Wir haben in der Frage nach der Landwirtschaft früher darüber geredet, dass es ein Problem sein könnte, bestimmte Pflanzen auszusäen, weil sie allergene, Verbreitungs- und sonstige Nebenwirkungen haben können. Aber es ging immer nur um die einmalige Aussaat von Pflanzen.

Der derzeitige Debattenstand lautet: Wir setzen Lebewesen und Pflanzen frei, die sich auf Dauer vermehren können. Das heißt, wir produzieren Eingriffe in die Natur, von denen wir nicht wissen, wie sie auf Dauer systematisch funktionieren, und von denen wir nicht wissen, ob wir sie wirklich so wollen oder nicht. Diese Debatte bewegt sich. Ich finde deswegen auch ganz gut, dass wir heute eine Chance haben, darüber zu reden. Insofern bin ich eher dankbar. Die Genfleischdebatte ist nicht ganz einfach.

Ich habe einmal bei einer Podiumsdiskussion flapsig gesagt: Wissen Sie, ich habe kein Problem mit gentechnisch modifizierten Elefanten. Denn die finde ich sofort und kann sie abschießen, wenn es ein Problem gibt. Aber ich habe deutliche Probleme mit genmodifizierten kleineren Lebewesen, die sich dann sozusagen in der Freiheit vermehren. Denn wenn sie draußen sind, sind sie draußen.

Dann komme ich zu dem Punkt, an dem ich glaube, dass Sie einen Denkfehler machen. Die Ministerin wird sich an Teile der Debatte erinnern. Wir haben in der Frage, wie wir mit Arzneimitteln und -produktion umgehen, dazugelernt, dass man das machen kann. Das ist der Punkt, an dem sich die beiden Felder vermischen. Aber die Zustimmung zur Produktion von gentechnisch veränderten Organismen zur Arzneimittelproduktion – Klammer auf: und zur Enzym- und anderen Produktionen – war an das Versprechen gebunden, dass sie eingeschlossen im Labor bleibt. Das heißt, alle Sicherheitsvorkehrungen, die Sie gerade kippen wollen, waren die Voraussetzungen für die gesellschaftliche Zustimmung zu dieser Art von Gentechnik. Das, was Sie wollen, nämlich eine Verbreiterung in vielen Bereichen, werden Sie dadurch genau verhindern, weil Sie im Prinzip die Sicherheitsmaßnahmen, die wir in vielen Jahren herbeigeführt haben, auf unterschiedlichen Ebenen wieder abzubauen versuchen.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Das ist ein Bärendienst für das, was Sie wollen. Das ist das Gegenteil von dem, was richtig ist.

Deswegen finde ich, dass man statt Glaubenskriegen Abwägungsprozesse durchführen muss. Abwägungsprozesse haben – mit Verlaub – nichts mit Unwissenschaftlichkeit zu tun, sondern sie entstammen der ältesten Wissenschaft überhaupt, der Mutter von allen, der Philosophie. Ein Teil davon ist die Ethik. Zur Ethik gehört, dass Sie die Folgen Ihres Handelns bei dem, was Sie tun, einkalkulieren. Zur Folge des Handelns gehört dann bei Technik auch die Technologiefolgenabschätzung. Die Menschheit hat aus be-

stimmten Entscheidungen, die sie getroffen hat, gelernt – von der Frage der Atomenergie bis zur Frage bestimmter Medikamente mit Nebenwirkungen –, dass man vorher ein Moment darüber nachdenkt, was man tut.

Deswegen gibt es – ganz schlicht – drei Prinzipien. Das erste Prinzip heißt „No regret“. Tue Dinge, die du hinterher selbst im schlimmsten Fall nicht bereuen musst. Der zweite Punkt ist das Vorsorgeprinzip. Das heißt, das, was man tut, muss jenseits des begründeten Zweifels – des begründeten Zweifels, nicht des Glaubenszweifels – verantwortbar sein. Der dritte Punkt ist die Frage der Rückholbarkeit. Da bin ich noch einmal bei der Frage: Mikroben oder Elefanten? Wenn man etwas auf den Weg schickt, was nicht mehr zurückzuholen ist und was man nicht kontrollieren kann, hat man eine besonders hohe Verantwortung.

Deswegen ist Ihr Vergleich, dass die Forschung von Medizin und Landwirtschaft im gleichen Labor geschieht, völlig unsinnig. Denn es geht überhaupt nicht um die Forschung, sondern darum, was in die Natur entlassen wird. An der Stelle – mit Verlaub – bleiben wir skeptisch aufgrund der drei ethischen Abwägungen. Denn das können wir den Menschen nur dann zumuten, wenn wir es nach den drei Prinzipien verantworten können.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Besonders nett habe ich allerdings das Unternehmenslob am Anfang gefunden. Dass vorher – öffentlich finanziert – 15 Jahre Grundlagenforschungen an hessischen, rheinland-pfälzischen und anderen Universitäten stehen, die die Prinzipien, nach denen das Unternehmen arbeitet, überhaupt erforscht haben, die komplett öffentlich finanziert sind, und dass die kommerzielle Auswertung nicht etwa denen zugutekommt, die die Grundlagen erforscht und finanziert haben, sondern Unternehmen, ist ein spannender Punkt, über den man nachdenken muss.

(Beifall SPD und Christiane Böhm (DIE LINKE))

Wir reden nicht ohne Grund darüber, dass wir Universitäten, die forschungsstärker denn je sind, Anteile an dem, was sie erforschen, ökonomisch wieder zuleiten, statt die Bildungs- und Forschungsfinanzierung dem Staat zu überlassen und zu sagen: Okay, wenn andere mit den Ergebnissen umgehen können, können sie unbeschränkt Geld verdienen. – Ich glaube, dass an der Stelle die eine oder andere Überlegung helfen würde.

Letzter Punkt. Da bin ich bei der Frage der gentechnikfreien Regionen. Das kann man so oder so sehen. Man kann übrigens zur Ethik auch andere Standpunkte haben. Es gibt Leute, die berechtigterweise sagen: Wir glauben, dass wir den Hunger der Welt mit bestimmten Agrarprodukten sättigen können – das teile ich nicht –, also müssen wir bestimmte Risiken eingehen. – Sie sprachen eben z. B. von beschleunigten Genehmigungsverfahren. Klammer auf: Ob das so klug angesichts der Leute ist, die Angst vor der Impfung haben und die wissen, dass wir den normalen Forschungsprozess schon um drei Jahre verkürzt haben, und ob das die Impfbereitschaft fördert, daran hätte ich auch Zweifel.

Der letzte Punkt ist, wie gesagt, auch ein demokratischer. Die Menschen in diesem Land haben das Recht, Sachen auch nicht zu wollen. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland will keine solchen Organismen. Sie haben das Recht, das zu entscheiden. Es gibt keine Zwangsbeglü-

ckung. Niemand hat das Recht, zu sagen: Weil ich glaube, dass der Fortschritt auf meiner Seite ist – das ist der Streit mit vielen politischen Ideologien –, habe ich das Recht, das durchzusetzen. – Nein.

Wenn Sie wollen, dass Ihre Position gesellschaftlich mehrheitsfähig wird, werden Sie dafür in der Gesellschaft für Entscheidungen werben müssen und nicht im Parlament und nicht in irgendeiner Regierung, in der Sie vielleicht irgendwo anders sind, sondern Demokratie in dieser Frage heißt auch: Wenn wir gemeinsam Veränderungen wollen, heißt das Debatte – aber gesellschaftliche Debatte und nicht abgehobene Debatte in einem Parlament oder sonst wo. – Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank. – Als Nächster hat der Kollege Bernd Vohl von der AfD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernd-Erich Vohl (AfD):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

(Zuruf CDU: Landtagspräsident?)

meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Antrag der FDP zielt auf verschiedene Bereiche der Gentechnik und auch auf die Impfstoffproduktion ab. Daher sollten wir diesen Antrag differenziert betrachten.

Zunächst einmal möchte ich erwähnen, dass auch wir, die AfD-Fraktion, die Umstellung des ehemaligen Novartis-Werks und die Produktion von zusätzlichem Impfstoff in Hessen ausdrücklich begrüßen. Auch begrüßen wir, dass die Firma Sanofi Biontech unterstützen und dort 125 Millionen Dosen abfüllen wird, die für die EU bestimmt sind.

Die Verfahren zur Genehmigung der Anlage in Marburg sowie zur Produktion des Impfstoffes sind abgeschlossen. Das Biontech-Werk hat letzte Woche nun auch die arzneimittelrechtliche Erlaubnis erhalten, um den in Marburg hergestellten Impfstoff in der Europäischen Union vermarkten zu können.

Was fehlt, ist noch die Genehmigung der EU-Arzneimitelagentur EMA, aber das wird als eine Formalie angesehen, so ein Sprecher des Regierungspräsidiums in Darmstadt.

Das alles ist wirklich in Rekordzeit geschehen, aber auch Formalien müssen in der aktuellen Situation eingehalten werden. Ja, der Impfstoff ist in der Pandemie knapp. Das liegt aber nicht nur an der Produktion und den damit verbundenen Genehmigungsverfahren. Ein großer Teil der Wahrheit liegt auch im Versagen der Bundesregierung und der EU bei der Beschaffung des Impfstoffes.

(Beifall AfD)

Es wurde nicht in ausreichenden Mengen und dann auch viel zu spät bestellt. Dass es bei dieser desaströsen Bestellpolitik der Bundesregierung und der EU zu einer Unterversorgung der deutschen Bevölkerung kommen musste, ist nicht verwunderlich.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sie sind doch ohnehin gegen das Impfen!)

Diese Politik der Bundesregierung unter Frau Merkel hat das aktuelle Chaos bei den Impfungen maßgeblich verursacht.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Gestern hat er noch gesagt, er ist gegen das Impfen! – Christiane Böhm (DIE LINKE): Manchmal hören wir ja zu!)

Die FDP möchte die Pandemie nutzen, um die Zulassungsverfahren und die rechtlichen Vorschriften infrage zu stellen. Doch die aktuelle Situation dafür nutzen zu wollen, bestehende Vorschriften außer Kraft zu setzen, ist absolut unangemessen.

(Beifall AfD)

Eine vorrangige Bearbeitung der Zulassung durch die zuständigen Behörden im Bereich Impfstoffe ist hingegen sinnvoll, allerdings immer nach den geltenden Gesetzen und Vorschriften. Eine so vonseiten der Behörden beschleunigte Genehmigung kann dann zu einer schnelleren Produktion führen. Es kann aber nicht sein, dass hierfür gesetzliche Regelungen, die dem Schutze der Bürger dienen, abgeschafft oder aufgeweicht werden. Sie wurden mit gutem Grund aufgestellt und müssen auch jetzt und in Zukunft eingehalten werden.

Die FDP lässt in ihrem Antrag völlig außer Acht, warum es die entsprechenden Gesetze und Zulassungsverfahren gibt. Ich nenne hier nur einmal die Stichworte Contergan oder die Schlafkrankheit infolge der Schweinegrippeimpfung im Jahr 2009. Wir haben es bei dem Corona-Impfstoff bereits mit einem deutlich verkürzten Teleskopzulassungsverfahren zu tun.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Darum ging es gerade!)

Studien dauern sonst in der Regel mehrere Jahre, um Langzeitfolgen erfassen zu können. Die findet man, wie das Wort schon sagt, erst nach langer Zeit. Diese Langzeitfolgen sind bei dem Impfstoff gegen Corona aktuell noch nicht absehbar. Daher sollten Verfahrensänderungen wie auch im Hinblick auf andere langfristige Folgen gründlich – ich sage: gründlich – überlegt werden.

(Beifall AfD)

Das Nächste, was in dem vorliegenden Antrag vermischt wird, ist die rote und grüne Gentechnik. Die rote Gentechnik – also die im medizinischen Bereich – ist mittlerweile weithin akzeptiert. Wer die Zivilisationskrankheit Diabetes hat, sieht Gentechnik plötzlich aus einer ganz anderen Perspektive. Wir sollten die Corona-Impfung jedoch nicht zum Anlass nehmen, die grüne Gentechnik – also Gentechnik für veränderte Pflanzen, für gentechnisch manipulierten Mais, Weizen usw. – gleichzeitig auch von allen Auflagen zu befreien. Diese Diskussion können wir gerne zu einem anderen Zeitpunkt führen, aber nicht unter dem Deckmantel „Corona“, um dort alle Auflagen abzuschaffen.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Wir können Ihnen allerdings zustimmen, dass das Gentechnikgesetz reformiert und kontinuierlich dem Stand von Wissenschaft und Forschung angepasst werden sollte. Der Fortschritt im Bereich Gentechnik ist enorm. Ich denke da beispielsweise an die Genschere. Da aber die meisten Parlamentarier nicht vom Fach sind, sollten wir dazu Fachleute in den Ausschüssen anhören, bevor wir Entscheidungen treffen, die langfristige Folgen haben werden.

Generell und insbesondere bei der Gentechnik gilt: Sicherheit geht vor Geschwindigkeit.

(Beifall AfD)

Das bedeutet nicht, dass man die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich nicht fördern sollte, doch die Diskussion um Impfstoffe und darum, wer sie liefert, zeigt uns, dass auch manche Länder in Europa sich selbst immer noch am nächsten sind. Wenn die EU die Forschung und Entwicklung fördert, dann sollte diese Förderung auch an Bedingungen geknüpft werden, damit im Anschluss daran alle Länder der EU vorrangig davon profitieren können.

(Beifall AfD)

Lassen Sie mich nun zum Fazit meiner Rede kommen. Für die Zulassung von Impfstoffen und deren Produktionsstätten ist eine bessere Koordination auf allen Ebenen notwendig. Ebenso notwendig ist die Optimierung der Zusammenarbeit zwischen der EU-Arzneimittelagentur EMA und allen zuständigen staatlichen Behörden. Auf keinen Fall darf es eine Herabsetzung der Vorschriften und Sicherheitsstandards in diesem hochsensiblen Bereich geben. Daher lehnen wir, die AfD-Fraktion, diesen Antrag ab.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen herzlichen Dank. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Feldmayer. Sie haben das Wort.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur so viel zur AfD: Es war schon interessant, gerade zu hören, dass sich die AfD darüber beklagt, dass zu wenig Impfstoff vorhanden ist. Vor ein paar Wochen haben Sie erklärt – gestern haben wir es auch wieder gehört –, dass das Impfen ein Feldversuch sei. Jetzt wollen Sie dafür sorgen, dass genügend Impfstoff für die deutsche Bevölkerung da ist.

(Robert Lambrou (AfD): Für die, die sich freiwillig impfen lassen wollen!)

Das spricht für sich. Mehr will ich zur AfD auch nicht sagen. Ich glaube, das reicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Die Rede spricht für sich selbst bzw. gegen sich.

Ich komme zur FDP. Der Antrag der FDP trägt den Titel: „Ja zur Gentechnik im Innovationsland Hessen“.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Ja!)

Also, das Lob mit dem Innovationsland nehmen wir gerne mit, Herr Naas, vielen Dank dafür.

(Widerspruch Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Was gar nicht so innovativ ist, ist Ihr Antrag, wie ich sagen muss. Den haben Sie gerade einmal bei der FDP-Bundestagsfraktion abgekupfert. Die führen genauso wie Sie einen Feldzug für die Gentechnik.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten) – Weitere Zurufe)

Das haben Sie schön abgekupfert. Innovativ ist an der Sache, die Sie hier vorgebracht haben, gar nichts. Das als Setzpunkt zu nehmen, Herr Naas, ich glaube, da müssen Sie sich noch einmal beraten lassen.

Die FDP versucht im Zuge der Corona-Pandemie mal schnell das EU-Gentechnikrecht mit der Begründung zu schleifen, dass gentechnologische Verfahren bei den neuen Impfstoffen eingesetzt werden. Herr Naas, ich glaube, Sie wissen es tatsächlich besser, aber was Sie da von sich gegeben haben, ist abenteuerlich.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Was?)

Alles in einen Topf zu schmeißen, rote und grüne Gentechnik, wem wollen Sie diesen Bären eigentlich aufbinden?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Es könnte witzig sein. Wir könnten eine muntere Debatte führen, wenn wir keine Corona-Pandemie hätten. Daher, finde ich, sollte man auch verantwortungsvoll in der Debatte mit solchen Begriffen und solchen Dingen umgehen; denn die Bürgerinnen und Bürger schauen schon auf solche Debatten.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Das ist gut so!)

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sollten wir mit solchen unwissenschaftlichen Kommentaren wie dem von Ihnen nicht verspielen.

Tatsache ist doch: Die Entwicklung von Impfstoffen – nicht nur ein Impfstoff – ist in unglaublich kurzer Zeit gelungen. Das ist wirklich eine herausragende Leistung, über die wir uns alle freuen können. Mit der angelaufenen Impfkampagne können wir zuversichtlich sein, dass wir uns Schritt für Schritt aus der Pandemie herausbewegen. Es ist Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie dem Unternehmen zu verdanken, dass wir jetzt Licht am Ende des Tunnels sehen. Das ist wirklich eine herausragende Leistung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Der Impfstoff ist derzeit noch knapp. Darüber haben wir schon diskutiert. Auf dem Impfgipfel haben die Hersteller noch einmal deutlich gemacht, an was es hapert. Ich habe mir das Interview des Geschäftsführers von Biontech, Herrn Sahin, angesehen. Er hat nicht gesagt: „Wir müssen jetzt das EU-Gentechnikrecht irgendwie schleifen“, oder: „Wir brauchen vereinfachte Verfahren“. Er hat dargelegt, dass es schwierige Lieferketten gibt, die zu bedienen sind, dass es an Rohstoffen mangelt. Er hat aber keineswegs das von sich gegeben, was Herr Naas hier geäußert hat. Ich glaube, das sollten wir an dieser Stelle auch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Auch die Produktionsstätten müssen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigt werden. Das ist ganz klar. Es muss auch das Arzneimittelgesetz beachtet werden. Warum muss das genehmigt werden? Es geht natürlich um Vorsichtsmaßnahmen, um Sicherheit bei Medikamenten und darum, dass gefährliche Substanzen bei der Produktion in die Umwelt gelangen können. All das wollen wir vermeiden. Trotzdem wollen wir, dass die Produktionsstätte für den Impfstoff schnell in Betrieb genommen werden kann. Es ist wirklich in unglaublich kurzer Zeit gelungen – in nur sechs Wochen –, dass die Genehmigung für den Be-

trieb der Produktionsstätte in Marburg erteilt werden konnte – innerhalb von sechs Wochen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Deswegen weiß ich nicht, Herr Naas, worauf Sie hinauswollen. Sechs Wochen – da haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Regierungspräsidiums wirklich ins Zeug gelegt. Die haben Tag und Nacht gearbeitet, damit das möglich ist, weil wir in der Pandemie sind. Das ist möglich gewesen. Jetzt aber alles „hoppla-di-hopp“ über Bord zu werfen, alle Standards zu schleifen, das Bundes-Immissionsschutzgesetz infrage zu stellen und daran ganz schnell etwas zu ändern, all das sehen wir kritisch. Es geht bei Impfstoffen, bei Arzneimitteln um Sicherheit. Das können wir nicht ignorieren, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Bei der Produktionsstätte hatten wir den großen Vorteil, dass das schon einmal eine Produktionsstätte gewesen ist;

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Eben, eben!)

deswegen ist es da auch schneller gegangen. Das muss man an dieser Stelle auch noch einmal sagen. Deswegen konnte auf die Öffentlichkeitsbeteiligung verzichtet werden. Das Land hat alle Optionen, die es hat, genutzt, damit diese Produktionsstätte innerhalb kürzester Zeit genehmigt werden konnte,

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Ich habe dem Land Hessen keinen Vorwurf gemacht!)

und wir bitten darum, dass die Landesregierung das auch bei dem Unternehmen Sanofi tut, das Biontech unterstützen wird.

Meine Damen und Herren, die FDP bringt Anträge in den Landtag ein und tut so, als ob die Gentechnik auf dem Acker etwas mit der Gentechnik in Forschung und Medizin zu tun hätte. Herr Grumbach hat darauf hingewiesen, Herr Felstehausen hat darauf hingewiesen, alle haben darauf hingewiesen: Das sind zwei unterschiedliche Dinge.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rote Gentechnik, grüne Gentechnik, weiße Gentechnik, wenn man das alles auf einen Haufen schmeißt und hier Verwirrung stiften will, ist das wirklich nicht sachgerecht, Herr Naas.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Torsten Felstehausen (DIE LINKE))

Bei der Herstellung von Insulin oder der COVID-19-Impfstoffe wird Gentechnik in geschlossenen Systemen angewandt. Bei der Agro-Gentechnik geht es um etwas völlig anderes, nämlich um die Freisetzung von vermehrungsfähigen, gentechnisch veränderten Lebewesen in die Umwelt. Das sind völlig andere Dinge.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich glaube, Sie wissen das auch. Wie gesagt, die Regulierung der Gentechnik aufzuheben, bringt überhaupt nichts, selbst wenn man das wollte. Wir wollen das nicht.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Lesen Sie den Antrag!)

Sie würden die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, was das Thema grüne Gentechnik angeht, komplett einschränken. Die Verbraucherinnen und Verbraucher

– das hört man immer wieder – wollen keine gentechnisch veränderten Organismen auf ihrem Teller haben. Das wollen sie nicht. Deswegen sind wir in Hessen dem europäischen Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen“ beigetreten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage auch eines: Wir fördern in Hessen den Ökolandbau. Ökolandbau könnte nicht mehr betrieben werden, wenn die Standards bei der Gentechnik geschleift werden würden. Die Biobäuerinnen und Biobauern müssten zeigen, dass ihre Produkte gentechnikfrei sind. Das müssten sie selbst dann beweisen. Wie soll das denn funktionieren? Das wäre überhaupt nicht mehr möglich. Damit würden Sie die Existenz aller Ökolandwirtinnen und Ökolandwirte aufs Spiel setzen. Das wollen wir nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Das Vorsorgeprinzip im Zuge der Corona-Pandemie komplett über Bord zu werfen, Herr Naas, das sollte nicht unsere Intention sein und auch nicht Ihre. Ich hoffe, wir sind uns einig, dass es uns allen darum geht, dass möglichst schnell Impfstoffe produziert werden können. Und dass wir da eigentlich alle an einem Strang ziehen sollten, sollte auch eine Selbstverständlichkeit sein.

Ich bitte, sachgerecht in die Debatte zu gehen; denn es geht um etwas Ernstes. Es geht nicht um irgendeinen Klamauk, der hier veranstaltet wird, sondern das ist ein ernstes Thema. Deswegen meine Bitte an die FDP: Widmen Sie sich diesem Thema ernsthaft, und machen Sie hier keinen Klamauk, so wie Sie ihn hier aufgeführt haben, Herr Naas.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eigentlich auch schon alles, was ich sagen wollte. Der Unterschied zwischen roter und grüner Gentechnik muss in der Debatte beachtet werden. Wir sind schnell angesichts einer Genehmigungsdauer von sechs Wochen für die Produktionsstätte in Marburg. Wir unterstützen die Landesregierung, das auch bei Sanofi zu tun als Zulieferbetrieb zur Unterstützung für Biontech. Wir werden nicht aus dem europäischen Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen“ austreten. Rheinland-Pfalz ist diesem Netzwerk übrigens schon vor längerer Zeit beigetreten. Dies sage ich an die Adresse der FDP gerichtet. Vielleicht können Sie einmal mit den Kolleginnen und Kollegen dort reden. Es ist also nichts Schlimmes, sondern etwas Gutes. Das ist für die Verbraucherinnen und Verbraucher gut. Das ist für die Landwirtschaft gut. Gleichzeitig ist es möglich, Impfstoff zu produzieren. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Die Staatsministerin ist schon auf dem Sprung. Sie hat dann auch gleich das Wort. Verehrte Frau Kollegin Hinz, bitte schön.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein großer Erfolg von Forscherinnen und Forschern und auch von Unternehmen, dass es bereits ein Jahr nach Beginn der Pandemie mehrere Impfstoffe gibt. Drei davon sind in Europa

zugelassen. Natürlich ist das der Kreativität von Forscherinnen und Forschern und von Unternehmen und deren Unternehmergeist zu verdanken. Das ist keine Frage. Darauf bauen wir. Wir finden es gut, dass es das gibt. Das fördern wir ja auch.

Im vergangenen Sommer war noch nicht absehbar, welche der Impfstoffe sich durchsetzen werden, wer am Ende eine EU-Zulassung erhalten wird als Erstes, als Zweites, als Drittes. Außerdem hat niemand damit gerechnet, dass es so schnell gehen wird. Im vergangenen Sommer haben wir noch darüber diskutiert, dass es eventuell Ende 2021 werden wird, bis es einen Impfstoff gibt.

Hessen hat einen großen Anteil daran, dass die Menge des produzierten Impfstoffs größer wird. Die Produktionsanlage von Biontech in Marburg wurde schon mehrfach angesprochen. Diese ist innerhalb von sechs Wochen genehmigt worden. Schon am 15. Januar gab es von den hessischen Behörden die Genehmigung zum Betrieb. Am 7. Dezember wurde der Antrag eingereicht. Am 18. Dezember, also elf Tage danach, gab es schon die Zulassung zum vorzeitigen Beginn. Das heißt, mit den Baumaßnahmen konnte bereits begonnen werden, obwohl es noch überhaupt keine endgültige Genehmigung gab. Auch hier waren wir schnell. Auch das ist möglich nach geltendem Recht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Lediglich drei Wochen, nachdem der Impfstoff am 21. Dezember zugelassen worden ist, konnte die endgültige Genehmigung erteilt werden.

Ich weiß nicht, warum die FDP meint, dass wir noch schneller werden müssten, dass irgendetwas behindert worden wäre oder dass es Hinderungsgründe gäbe. Es ist möglich, ganz schnell zu sein. Das haben die Behörden in Hessen gezeigt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Ich freue mich sehr, dass Sanofi die Firma Biontech im Frankfurter Werk bei der Impfstoffproduktion durch eine Abfüllanlage unterstützen will. Aus Hessen wird also noch mehr Impfstoff kommen.

Die Unterstützung durch Sanofi wird nach jetzigem Stand keine Genehmigung nach dem Immissionsschutzgesetz brauchen, aber natürlich eine Herstellererlaubnis nach Arzneimittelgesetz. Nun komme ich auf die Genehmigungsverfahren zu sprechen. Das ist nämlich nicht trivial.

Es bedarf einer Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und einer Herstellungserlaubnis nach dem Arzneimittelgesetz. Da es sich bei dem Impfstoff um sterile Arzneimittel handelt, die unter keimfreien Bedingungen produziert werden müssen, sind die Anforderungen natürlich besonders hoch. Das ist aber doch klar. Wir wollen doch auch gute Impfstoffe haben. Das ist nicht dafür gemacht, damit Behörden beschäftigt sind, sondern das ist dafür gemacht, damit es den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher beim Impfen gibt. Dafür ist das gemacht. Sie tun jetzt so, als müsse man das alles schleifen durch ein Gentechnikgesetz, das Bundes-Immissionsschutzgesetz und am Ende noch das Arzneimittelzulassungsgesetz.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Das würde bedeuten, dass es Wasser auf die Mühlen derer gibt, die eh schon sagen: Das ist alles nicht kosher mit

dem Impfstoff. Wer weiß, ob das überhaupt in den Studien richtig überprüft wurde? – Wir wollen doch, dass die Leute Vertrauen in den Impfstoff haben und dass sie sich impfen lassen. Dafür sind solche Verfahren gemacht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Ich will Ihnen noch etwas sagen. In Hessen haben wir in den vergangenen zehn Jahren 32 Verfahren zur Herstellung von Arzneimitteln geführt. Dies betrifft normale Arzneimittel und Impfstoffe. Die gesamte Verfahrenslaufzeit, also bis zur Genehmigung, hat im Schnitt sieben Monate gedauert. Das ist kein Wert, über den wir weinen müssen, bei dem man sagen muss, dass das alles ganz furchtbar ist. Eine Verfahrensdauer von sieben Monaten für komplexe Verfahren ist gut. Damit kann sich Hessen sehen lassen, meine Damen und Herren von der FDP.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU – Zurufe Freie Demokraten)

Im Moment gibt es eher praktische Probleme, was die Ausweitung der Impfstoffproduktion angeht. Es fehlt an Apparaturen, weil diese nicht einfach schnittmustermäßig vorhanden sind. Diese müssen teilweise umgebaut oder auch beschafft werden. Die Lieferketten stehen nicht alle sofort. Vor eineinhalb Jahren hat niemand gedacht, dass es erforderlich ist, so schnell so viel Impfstoff zu produzieren. Teilweise fehlen Lipide für die Impfstoffherstellung.

Fragen Sie doch einmal die Leute, die jetzt Impfstoffe herstellen wollen. Es fehlt an Fachpersonal. Das sind doch die eigentlichen Hemmnisse, aber nicht die Frage der roten Gentechnik.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Hessen haben wir mehrere Hundert Anlagen, die mit Gentechnik produzieren, in geschlossenen Systemen. Das ist der Punkt. Damit gibt es in Hessen kein Problem, ich nehme an, weder mit den GRÜNEN noch mit anderen Parteien. Also hören Sie doch auf mit Ihren komischen Schuldzuweisungen. Das ist doch alles Klamauk, den Sie hier vollführen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Frau Hinz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des – –

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ach was. Nein. Herr Naas hat schon genug – –

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Entschuldigung, Frau Hinz. Ich hatte gerade eine Frage gestellt. Ich werde ungern von Ihnen dabei unterbrochen.

(Ministerin Priska Hinz: Entschuldigung!)

– Vielen Dank. – Deshalb noch einmal ganz gespannt: Lassen Sie eine Frage des Kollegen Rock zu?

(Ministerin Priska Hinz: Nein, danke!)

– Vielen Dank. – Sie haben das Wort.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Es ist stark, dass gleich an drei Hochschulen in Hessen, nämlich in Frankfurt, in Marburg und in Gießen, auf Spitzenniveau daran gearbeitet wird, dass Corona-Patienten besser versorgt werden können,

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

dass das Virus besser verstanden werden kann, dass wirksame Impfstoffe auch künftig entwickelt werden können. Auch hier spielt Gentechnik natürlich eine besondere Rolle.

(Unruhe)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein spannendes Thema. Es ist 13:38 Uhr. Deshalb sind wir jetzt entspannt und hören bitte der Ministerin zu. – Bitte schön, Frau Hinz.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Die Chancen, die diese Technologien für die Bekämpfung von Corona und auch anderen Erkrankungen bieten, werden in Hessen mindestens genauso engagiert genutzt wie an anderen Forschungsstandorten in Deutschland auch. Da brauchen wir von der FDP nun wirklich keine Nachhilfe.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wenn Sie den Einsatz von roter Gentechnik in geschlossenen Systemen zur Medikamentenherstellung auf eine Stufe stellen wollen mit der Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen, dann wollen Sie uns anscheinend für dumm verkaufen. Ich verstehe nicht, wie Sie überhaupt auf die Idee kommen können, dass man das in einen Topf werfen kann.

Nach wie vor lehnen 81 % der Verbraucherinnen und Verbraucher Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Es gibt ja auch genügend erwiesene Nachteile. Das alles können Sie in vielen Berichten nachlesen. Das sagt auch das Büro für Technikfolgenabschätzung des Bundestages. Weil wir das genauso sehen und weil wir ernst nehmen, was die Verbraucherinnen und Verbraucher in Hessen wollen, sind wir dem Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen“ beigetreten. Es geht also um die Frage, wie wir es in Hessen ohne den Anbau gentechnisch veränderter Mikroorganismen und Organismen schaffen. Vor allen Dingen geht es auch um die klare Kennzeichnung von Lebensmitteln. Es ist nicht nur so, dass Rheinland-Pfalz auch Mitglied in diesem Netzwerk ist. Vielmehr ist es auch so, dass Biontech erstaunlicherweise in Rheinland-Pfalz trotzdem den Impfstoff erforschen und entwickeln konnte.

(René Rock (Freie Demokraten): Genau! Trotzdem!)

Daran erkennen Sie doch, dass das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun hat. Das sollte eigentlich auch Ihnen verständlich sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben also Spitzenforschung in hessischen Laboren. Das wird auch unterstützt. Das gilt z. B. für den LOEWE-Standort in Marburg mit 18 Millionen € seit dem Jahr 2017. Dass Hessen ein guter Standort für die Pharmaindustrie und für die Medikamentenherstellung ist, zeigen die jüngsten Entscheidungen von Biontech und Sanofi. Wir sind ein erfolgreicher Standort. Es gibt erfolgreiche Pharmaunternehmen in Hessen. Dabei soll es bleiben. Wir jedenfalls werden auch weiterhin im Dialog bleiben und die Arbeit fördern. Ihr Antrag ist eigentlich in sich zusammengefallen nach den vielen Reden, die Sie hier gehört haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Ich bedanke mich bei Ihnen, Frau Staatsministerin. Ich habe Sie nicht auf die Redezeit der Fraktionen hingewiesen. Sie haben aber auch nur 41 Sekunden überzogen.

Mir lag vorher schon die Wortmeldung des parlamentarischen Geschäftsführers der FDP-Landtagsfraktion, Jürgen Lenders, vor. An einem sauberen Podest darf er nun zu uns sprechen.

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Frau Staatsministerin Hinz, dafür, dass eine Fraktion im Hessischen Landtag versucht hat, eine vernünftige und sachorientierte Diskussion zu führen, haben Sie uns hier Klamauk und sonst noch was vorgeworfen. Frau Staatsministerin, es gehört sich nicht, dass eine Staatsministerin sagt, dieser Antrag habe sich in Luft aufgelöst. Das können die Ausschüsse und Parlamentarier beschließen. Dafür brauchen wir kein Mitglied der Landesregierung.

(Beifall Freie Demokraten)

Frau Staatsministerin, wie Sie in die Debatte hineingegangen sind, das war wenig souverän und einer Staatsministerin wirklich nicht würdig. Sie könnten eine Fraktion wirklich deutlich ernster nehmen und eine Zwischenfrage in einer solchen Debatte zulassen, zumal sie von einem Fraktionsvorsitzenden kam. Dazu sollten Sie als Staatsministerin das Rückgrat haben.

Meine Damen und Herren, am Ende geht es darum, dass Tausende, Zehntausende von Menschen hoffen, dass wir relativ schnell Impfstoffe auf den Markt bringen können, dass geimpft werden kann. Viele sehen darin die große Hoffnung, diese Krise zu beenden. Wir als Freie Demokraten wollen die Diskussion darüber führen, wie wir in einer Krise schneller dazu kommen können. Das sollte eigentlich jedem hier im Haus eine vernünftige Diskussion wert sein.

(Beifall Freie Demokraten)

Es geht auch nicht darum, dass wir die Krise nutzen, um ein Thema zu setzen.

(Zuruf: Doch!)

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, dass es Ihnen überhaupt nicht gefällt, dass der Impfstoff einer ist,

der ausgerechnet aus der Gentechnik kommt. Diesen Eindruck könnte man haben.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, Sie sagen, grüne, weiße und rote Gentechnik hätten überhaupt nichts miteinander zu tun. Der Kollege von der SPD hat gerade einen Schwenk gemacht und darauf hingewiesen, dass das sehr wohl etwas miteinander zu tun hat. Ich bin ihm auch sehr dankbar für eine etwas differenziertere Sicht auf die Dinge. Man kann auch zu anderen Entscheidungen kommen. Das will ich gar nicht infrage stellen.

Frau Hinz und meine Damen und Herren von den GRÜNEN, als wir in der Vergangenheit über das Thema diskutiert haben, haben wir aber gesagt: Bei der grünen Gentechnologie gehen wir als Freie Demokraten den Weg mit, wenn jedes Lebensmittelprodukt kennzeichnet wird, das gentechnisch veränderte Stoffe enthält. – Frau Kollegin, das haben Sie abgelehnt, obwohl eigentlich auf 98 % aller Lebensmittel, die im Regal stehen, die Worte „es sind gentechnisch veränderte Stoffe enthalten“ stehen müssten. Der Einsatz der Gentechnologie ist nämlich nicht mehr zu verhindern.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, das gehört zur Ehrlichkeit, wenn man über das Thema Gentechnologie diskutiert. Hören Sie also auf, zu behaupten, dass wir keine sachorientierte Diskussion führen wollten. Sie hingegen wollen eine vernünftige Diskussion in Grund und Boden treten.

Herr Kollege Felstehausen, der Gipfel war – das muss ich wirklich sagen –, dass Sie sich am Ende beim Kollegen Dr. Naas dafür entschuldigt haben, dass er für seine Rede nicht bezahlt worden sei. Es wäre schöner gewesen, wenn Sie gesagt hätten, Sie haben ihn überhaupt nicht in Verdacht, dass er von der Pharmaindustrie bezahlt wird. Sie haben Ihren Vorwurf nicht relativiert, wie wir dem Protokoll werden entnehmen können. Ich verwahre mich entschieden dagegen, dass Sie einer Fraktion vorwerfen, von irgendeinem Industrieunternehmen bezahlt, quasi geschmiert zu werden, um hier im Parlament eine Position zu vertreten. Wenn wir auf diesem Niveau diskutieren, Herr Kollege Felstehausen, dann gehen wir manchen Leuten auf den Leim, nämlich genau den Leuten – insbesondere bei der AfD –, die uns genau das immer unterstellen. Das haben wir bei der Lobbyismusdebatte gehört. Als Sie das heute gesagt haben, fiel mir wirklich die Kinnlade herunter.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Gehe ich recht in der Annahme, dass wir die Anträge, wie ausgedrückt, an den Wirtschaftsausschuss, federführend, und an den Umweltausschuss, beteiligt, überweisen?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Nein, Umweltausschuss federführend und Wirtschaftsausschuss beteiligt!)

– Okay, wenn die GRÜNEN das so wollen, lieber Jürgen Frömmrich, machen wir das so. – In der Tagesordnung

steht beim zweiten Antrag nur der Wirtschaftsausschuss. Wir können das aber ändern, das ist kein Problem.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, wir haben uns darauf geeinigt, dass wir den Sachverhalt an den Umweltausschuss, federführend, und an den Wirtschaftsausschuss, mitberatend, überweisen. Das scheint verkehrt gelaufen zu sein. Ich beantrage, wie eben vorgeschlagen zu überweisen.

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

So machen wir es. Das ist überhaupt kein Problem.

Die parlamentarischen Geschäftsführer erlösen uns und wollen uns eine Mittagspause gönnen. Ich frage die parlamentarischen Geschäftsführer, damit ich mir nicht wieder eine blutige Nase hole: Wenn ich „14:48 Uhr“ sage, bekomme ich eine blutige Nase, wenn ich „15 Uhr“ sage, überlebe ich?

(Heiterkeit)

– Okay, 15 Uhr. Guten Appetit.

(Unterbrechung: 13:48 bis 15:01 Uhr)

Präsident Boris Rhein:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir treten nach einer hoffentlich erfolgreichen Mittagspause wieder in die Plenarsitzung ein. Ich hoffe, alle sind frohen Mutes in den Landtag zurückgekehrt. Ich darf Sie bitten, in den Plenarsaal zu kommen und Ihre Plätze einzunehmen.

Ich darf **Tagesordnungspunkt 57** aufrufen:

Antrag

Fraktion der AfD

Sitzverteilung des 18. Hessischen Landtags genügt den Anforderungen des Landtagswahlgesetzes nicht – Schaden für die Demokratie durch proaktive Information mit hessischen Bürgerinnen und Bürgern begrenzen
– Drucks. 20/4899 –

Als erstem Redner erteile ich dem Kollege Gagel das Wort.

Klaus Gagel (AfD):

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 11. Januar 2021 gibt uns jetzt Rechtssicherheit. Um ein Haar hätte die amtierende Regierung ihre Mehrheit im Parlament verloren, wenn nicht die Staatskanzlei am 20. Juli 2020 ein Berechnungsverfahren aus dem Hut gezaubert hätte und der Staatsgerichtshof diesem Verfahren gefolgt wäre.

Der Streit, ob nun dieses oder jenes Berechnungsverfahren richtig oder falsch ist, ist damit höchstrichterlich geklärt: Richtig ist das Verfahren der Staatskanzlei, das sie am 20. Juli 2020 vorgelegt hat. Nochmals herzlichen Glückwunsch an die Kollegen der Staatskanzlei. Sie haben in der Konkurrenz der Proportionsverfahren vor dem Staatsgerichtshof gewonnen. Das Berechnungsverfahren „Klaus Gagel und AfD“ hat verloren. Trotzdem bleibt als Fazit aus dem Urteil: Der Landeswahlleiter, der Landeswahlausschuss und das Wahlprüfungsgericht haben Mist gebaut.